



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/7 - 10.1.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Nehru und die deutsche Frage	S. 1
Die Beschlüsse der Colombo-Konferenz	S. 2
Führerlose Rechtsradikale	S. 4
Spannungen bei den Württemberger Demokraten	S. 6

Ein neuer Versuch, erstarrte Fronten zu lockern

sp - Die kurze Notiz von der Möglichkeit eines baldigen Zusammen-
treffens des indischen Ministerpräsidenten und des Vorsitzenden der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anlässlich der Anwesenheit
Nehrus auf der bevorstehenden Commonwealth-Konferenz in London hat,
wie wir hören, amtliche Bonner Stellen zu kommentierenden Auskünften
veranlasst, die gedämpftes Erstaunen ausdrücken. Man fand die er-
wähnte Möglichkeit zumindestens ungewöhnlich und zeigte Unwillen,
dass die Opposition, wie man sich ausdrückte, Außenpolitik auf eige-
ne Faust mache. Solche Einwände können nicht unwidersprochen bleiben,
unabhängig davon, ob es wirklich zu einer solchen Zusammenkunft kommen
wird.

Der indische Ministerpräsident hat Ende November in einem Inter-
view erklärt, eine endgültige Zweiteilung Deutschlands werde keine
Lösung der deutschen Frage bringen, sondern nur zu neuen Zwistig-
keiten führen. Sein Land sei der Auffassung, dass militärische Grup-
pierungen heutzutage nicht mehr in der Lage seien, den Frieden sicher-
zustellen, sondern dass neue Methoden gefunden werden müssten, die
nicht, wie das Wettüben, zur Furcht und Argwohn auslösten. Er hoffe,
dass die Einigung über Deutschland nicht auf militärische Grundsatzer-
wägungen gestützt zu werden brauche, habe jedoch den Eindruck, dass
dieser Gesichtspunkt bisher immer im Vordergrund gestanden habe.
Zwei Wochen später erklärte Nehru im Parlament seines Landes auf eine
Anfrage der Kommunisten, Indien wünsche keine diplomatischen Beziehun-
gen mit der Sowjetzone, weil es alles vermeiden wolle, was nach
einer Anerkennung der Spaltung Deutschlands aussehen könne.

Diese Einstellung drückt genau aus, was die deutsche Sozialdemokratie zum Kern dieser überragend wichtigen Frage zu sagen hat. Auch die Besatzungsmächte Deutschlands treten zwar für die deutsche Wiedervereinigung ein, aber ihre Vorstellungen darüber, wie das zu geschehen habe, sind offenbar nicht auf einen Nenner zu bringen. Auf dem Hintergrund dieser Tatsache eröffnet sich der düstere Aspekt der andauernden Spaltung Deutschlands, trotz aller verkündeten guten Absichten, sie zu überwinden.

Es gibt nichts Natürlicheres, als dass die politischen Kräfte in Deutschland, die sich unter keinen Umständen mit der Spaltung und den sich aus ihr ergebenden Gefahren abfinden wollen, mit den Kräften in der Welt in Verbindung zu treten versuchen, die der gleichen Auffassung sind, die außerdem den Vorzug haben, nicht unmittelbar interessiert zu sein (wie die vier Besatzungsmächte es sind) und deren Gewicht, unabhängig von der deutschen Frage, durch die weltpolitische Entwicklung der letzten Jahre eminent gewachsen ist. Die Möglichkeiten, die sich hier andeuten, mögen recht ungewiß sein, es ist aber immer die Auffassung der deutschen Sozialdemokratie gewesen, dass in dieser Frage jede genutzt werden muß.

Wenn man sich in Bonner Regierungskreisen über die neue sozialdemokratische Initiative gewissermaßen beschwert, so ist das unverständlich und angesichts der Beteuerungen der gleichen Stellen, man tue in dieser Frage doch alles nur Denkbare, widersinnig. Im übrigen ist die kürzliche Reise Clement Attlees und einer starken Labour-Delegation nach Moskau und Peking ein klassisches Beispiel aus dem klassischen Lande der parlamentarischen Demokratie für außenpolitische Aktivität auch der Opposition gewesen. Wenn in Westdeutschland eine Abstimmung zwischen Regierung und Opposition vorher nicht erfolgte, wie das in London, übrigens nur durch die einfache Mitteilnahme von Labour, man werde diese Reise unternehmen, geschah, so liegt das an dem politischen Klima in Bonn, für das die selbsterregte Geschäftsführung des Bundeskanzlers verantwortlich ist. Übrigens noch ein Beispiel aus dem angelsächsischen Bereich: Als Präsident Roosevelt nach seiner zweiten Wiederwahl die politische Situation erkunden wollte, schickte er seinen geschlagenen Gegner, Wendell Willkie, nach Moskau und um die halbe Welt. Auch dieser Vorgang wäre bei uns leider undenkbar.

* * *

Bogor, die farbigen Völker und die westliche Welt

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Das Echo der Konferenz der Colombo-Mächte, die in Bogor, dem ehemaligen Sommersitz des holländischen Generalgouverneurs in Indonesien, die Indische Republik, Pakistan, Ceylon, Burma und die Indonesische Republik zwei Tage lang vereint hatte, ist nicht freundlich, und gerade dort betont böse, wo man keine guten Erinnerungen an die Unabhängigkeitskämpfe dieser Länder haben kann. Der konservative "Daily Telegraph" sprach davon, dass Commonwealth könne wohl "einen asiatischen Klub in sich selbst, nicht aber eine Verschwörung hinnehmen". Sein zweites Argument, die Hautfarbe sei das Bindeglied und Ressentiments wären das Hauptmotiv, geht indes an der Bedeutung der Tagung vorbei, die beschloss, im April eine afro-asiatische Konferenz mit 25 Teilnehmern, darunter die Chinesische Volksrepublik und Japan, nicht aber die beiden Korea und Israel - wegen des geschlossenen Widerstandes der arabischen Länder, zu deren Wortführer sich Mohammed Ali gemacht hatte - abzuhalten.

Es war nicht der Sinn der Colombo-Zusammenkunft, Programme aufzustellen; sie sollte nur den Teilnehmerkreis der großen afrikanisch-asiatischen Konferenz bestimmen, die selbst über ihre Tagesordnung entscheiden wird. Die Idee kommt von indonesischer Seite, auf der die nationalistischen Gefühle, Jahrzehnte angestaut, am stärksten überborden. Nehru errang mit der Zulassung Rotchinas einen persönlichen Erfolg. Nicht nur Mohammed Alis Eintreten für die Ablehnung einer Teilnahme Israels nach den arabischen Wünschen überraschte, sondern auch sein Appell zur Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen von Marokko und Tunis. Korea wurde von der Einladung ausgenommen, weil es keine Einheitsregierung hat. Auch Vietnam hat eine solche nicht; in diesem Falle wurden alle separaten Partner eingeladen. Dieser Widerspruch wurde nicht erläutert. Wohl aber die beabsichtigte Zuziehung der Zentralafrikanischen Union, weil dort ein ernsthafter Versuch zur politischen Mitbestimmung der farbigen Bevölkerung gemacht wird. Aus der Apartheid-Politik Südafrikas entstand das Motiv zur Ab-

lehnung der Einladung von Südafrika, obwohl es ein Staat in Afrika ist. Die Sowjetunion wurde aus dem Kreis der Einzuladenden ausgeschlossen, weil die Colombo-Mächte damit die Notwendigkeit umgehen konnten, Australien und Neuseeland einladen zu müssen.

Die Colombo-Mächte haben den Slogan von der "Friedensregion" in die Diskussion geworfen. Die Bildung einer regionalen Gruppe, und vollends einer bewaffneten, lehnen sie ab. Trotzdem zeigt sich die Tendenz nach einer neuen Mächtegruppierung, nach einer bisher nur in der UNO gelegentlich sichtbar gewordenen Neuverteilung der Kräfte in Asien und Afrika. Leicht dürfte eine solche Anstrengung nicht fallen, denn es darf nicht vergessen werden, dass es selbst unter den Großen Asiens, etwa zwischen Indien und Pakistan, noch eine Fülle ungelöster Probleme gibt, von der Kaschmirfrage bis zum Pundschar-Wasser, um nur einige zu nennen. Auch werden greifbare Ergebnisse einer solchen Konferenz, deren großer Kreis eigentlich nur vom Gremium der Vereinten Nationen übertroffen wird, manche Teilnehmer, etwa Pakistan, zwingen, sich zwischen der neuen Gruppierung und der SEATO zu entscheiden, denn Teilnehmerschaft an beiden Systemen erscheint unvereinbar.

Nun wird in Bangkok im Februar zwischen die Tage von Bogor und die afrikanisch-asiatische Konferenz eine Seatositzung zwischengeschaltet. Nach ihrer bekanntgewordenen Tagesordnung soll sie Kriegerblut in das Skelett von Manila pumpen, denn es geht um Fragen der Verteidigung, die Bildung einer gemeinsamen Flotte, um den Standort eines ständigen Rats und ähnliche Fragen. Es wird dort auch Antwort auf Nehrus Befürchtung gegeben werden, die SEATO schehe sich in Fragen solcher Länder einmischen zu wollen, die nicht ihr Mitglied sind. Die Ergebnisse der geplanten afro-asiatischen Aussprache dürften kaum den Erwartungen entsprechen, da eine Summe von Gegensätzen unter einen Hut gebracht werden müssten. Allerdings hängt sehr viel davon ab, welche Mächte die Zusammenkunft unter ihre Führung zu bringen verstehen. Das ist es auch, was die westlichen Beobachter beunruhigt, und was die SEATO-Konferenz am meisten beschäftigt wird, die nicht grundlos vorgeschaltet wurde.

* * *

Rechtsradikale Vereinsmeierei

W.P. Es hiesse den Kopf in den Sand stecken, wollte man aus der gegenwärtigen rechtsradikalen Flaute den Schluß ziehen, die unverbesserlichen und vor wenigen Jahren noch so fanatischen Neonazisten der Aera - Remer - Hedler - Feitenhansl hätten die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen, festen Fuß zu fassen und die "Bewegung" wie dereinst zum Sieg zu führen, eingesehen und sich in die Versenkung zurückgezogen. Unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit existieren zahlreiche rechtsradikale Splitterparteien, die von dem "Ersieg ihrer Idee" offensichtlich nach wie vor restlos überzeugt sind.

Die meisten haben bisher nur in einzelnen Bundesländern eine Organisation, bzw. ein Netz von Funktionären, aufbauen können. Selbst die zahlenmässig bedeutendsten von ihnen, wie z.B. die "Deutsche Reichspartei" und "Nationale Sammlung" bestehen nicht in allen Ländern. Bei der letzten Bundestagswahl erhielten diese beiden Gruppen zusammen rund 370 000 Stimmen (1,4 %) und fielen damit unter die 5 % Grenze. Ihre Aktivität konzentrieren die Rechtsradikalen daher auf Landtagswahlen, aus denen sie sich eine parlamentarische Vertretung erhoffen. Natürlich soll der Landtag in erster Linie als propagandistisches Forum dienen, die Finanzen verbessern und so die Voraussetzungen für eine weitere Ausdehnung ermöglichen. Aber selbst in Bayern passierte der "Nationalen Sammlung" (dazu gehören die "Deutsche Gemeinschaft", der "Bund der Heimatvertriebenen", der "Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund", die "Graue Front" und die "Deutsche Evangelische Partei") bei der letzten Wahl das Mißgeschick, auch die bereits vorhandenen Sitze wieder zu verlieren. Ihr war ebensowenig ein Erfolg beschieden, wie der DRP, die in Bayern ein Bündnis mit dem BHE einging, jedoch keinen einzigen von ihren Kandidaten durchzubringen vermochte.

Es verlohnt kaum, die Stimmen aufzuzählen, die die DRP bei den Wahlen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordrhein Westfalen erhalten hat. Dennoch erhofft sie in ihrem Ursprungsland Niedersachsen, wo am 24. April Wahlen stattfinden werden, den lang ersehnten Erfolg und eine Anzahl Mandate. Festgehalten zu werden verdient die Demaskierung

dieser rechtsradikalen Partei, die ihre Existenz wahrscheinlich nur der Tatsache verdankt, dass die Bundesregierung ihren Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der DRP zurückgezogen hat. Diese Entscheidung war ermöglicht worden, nachdem die DRP in ihre Satzungen einen Satz nachträglich aufgenommen hatte, wonach Mitglieder der DRP, die Bestrebungen unternehmen oder fördern, "die gegen die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte der demokratischen Ordnung verstoßen", aus der Partei ausgeschlossen werden. Dieser Passus ist in einer im November 1954 neu beschlossenen Satzung wieder fortgefallen. Damit liegt ein neuer Beweis dafür vor, dass ein demokratisches Lippenbekenntnis bei Rechts- und Linksradikalistern lediglich als eine jeweils taktisch nützliche Phrase zu bewerten ist.

Gelegentliche Pressenotizen melden das Auftauchen von immer neuen Splitterparteien. Meist sind sie jedoch so kraftlos und wenig verbreitet, dass die Bestimmungen der Wahlgesetze ausreichen, ihnen eine Beteiligung unmöglich zu machen. Zu diesen Parteien gehören etwa die "Deutsche Solidarität" in Schleswig-Holstein, die "Rechtssozialistische Deutsche Arbeiterpartei" in Hamburg, die "Nationale Arbeiterpartei" in Wolfsburg, die "Deutsche Freiheitspartei", die "Arbeitsgemeinschaft Nation Europa" und andere, die in diesem Rahmen nicht im einzelnen aufgeführt werden können. Sie führen regelmässig Zusammenkünfte durch und suchen nach neuen Formen der Wirksamkeit. Nach den vielen Niederlagen wird nun die Tendenz einer "Sammlung der nationalen Kräfte" wieder stärker. Darauf spekuliert Strasser, dem eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes jetzt die Rückkehr aus Kanada nach Deutschland ermöglicht. Es wird abzuwarten sein, ob die sektiererischen Weigungen in den einzelnen Gruppen sowie die egozentrischen und egoistischen Charakterzüge der vielen kleinen "Führer" sich am Ende nicht doch wieder als stärker erweisen. Der Demokratie ist weder mit dem einen noch dem anderen gedient.

*

*

*

Reinhold Maier, der heimliche Sieger

dr - Stuttgart

"Ich bin ein alter Kutschengaul", sagte Dr. Reinhold Maier und redete dem Delegierten des FDP-Bundesparteitages von Baden-Württemberg, die ihn am Samstag zum Landesvorsitzenden küren wollten, gut zu, den "Wolfgang" wieder zu nehmen. Dr. Wolfgang Haussmann, seit dem Sturz von Reinhold Maier Justizminister im Stuttgarter All-Parteien-Kabinetts, dankte denn auch allen Delegierten für das bewiesene Vertrauen, als er von 241 Stimmen 155 erhalten hatte. Das war nicht gerade viel, genau gesehen sehr wenig, aber es langte. 155 Stimmen wurden es, weil Dr. Reinhold Maier trotz bestehender Differenzen für Haussmann eintrat, "um die Einheit der Partei nicht zu gefährden" und "weil es in den augenblicklichen Situation die beste Lösung" sei. Das war schwäbisch, unverbrämt und klar.

Es war vor allem wahr. Die südwestdeutschen Liberalen sind sich nicht mehr einig. Stärker denn je klappte auf diesem Landesparteitag, dem traditionellen Drei-Königs-Treffen, der Riss in der Partei. Zwei Gruppen stehen sich gegenüber, die einen hinter Maier, die anderen hinter Haussmann. Nur mit dem Ergebnis, dass Dr. Reinhold Maier gegenüber dem letzten Jahre erheblichen Zuzug buchen konnte. Der Benjamin der FDP-Landtagsfraktion sagte das den Delegierten so: "Dass wir eine einheitliche Fraktion sind, glaubt uns allmählich niemand mehr. Ein Partner, der immer auseinander fällt, ist kein interessanter Partner." Benjamin erhielt Beifall, grossen Beifall. Im Landtag kann ihm das nicht passieren, weil er von seiner Fraktion kaum zum Redner bestimmt wird. Justizminister Dr. Wolfgang Haussmann wurde vor der Diskussion wiedergewählt. Das ist zwar nicht üblich, aber es hatte seinen Sinn. Haussmann wurde in der Diskussion auf gut deutsch so zugedeckt, dass der unbefangene Beobachter mit grossen Zweifel die Frage prüfte, ob er danach die 155 Stimmen noch erhalten hätte. Es ging um den FDP-Saar-Antrag im Landtag von Baden-Württemberg.

Nach einer feurigen Maier-Rede fiel damals die FDP-Fraktion wieder auseinander und sechs Stimmen - darunter die des Justiz-Ministers und FDP-Landesvorsitzenden - verhalfen dem Antrag ^{auf} Erreichen der ODE zu einem Staatsbegräbnis erster Klasse. Er schmort noch heute im Landtagsausschuss. Weil aber der Fraktionsführer der SPD, Dr. Alex Moeller, namentliche Abstimmung verlangt hatte, trug die Presse ins letzte Schwarzwaldedorf, dass auch Haussmann gegen den eigenen Antrag

SPD-Pressedienst

F/X/7

- 7 -

10.1.1955

gestimmt habe. "Aus Koalitionärücksichten" fügten einige Blätter hinzu. Das wurde ihm jetzt dick aufs Brot gestrichen. Dr. Reinhold Maier erklärte schliesslich sogar, "Wir haben damals eine schwere moralische Niederlage erlitten". Dr. Haussmann machte am Ende des FDP-Vertretertages einen müden und erschöpften Eindruck, während der "alte Kutschengaul", wie Maier sich selbst genannt hatte, gut bei Laune war. Er hatte in einer überfüllten öffentlichen Versammlung, die die Pressevertreter als "gelungene SPD-Veranstaltung" bezeichneten, die gesamte Aussenpolitik des Bundeskanzlers zerschertelt, ohne den Namen Adenauer auch nur einmal zu nennen. Das Charakteristische dieser Versammlung war, dass zweitausend Stuttgarter Demokraten frenetisch Beifall klatschten. Dr. Reinhold Maier hatte festgestellt, dass die Wiedervereinigung Deutschlands von der Bundesregierung angepökt und gewollt werden muss, wenn man sie haben will. "Die Tatsache ist eingetreten", sagte er, "dass, wer sich mit der Teilung Deutschlands abfindet, ungeschoren bleibt, während der, der für sie eintritt, beangewöhnt und unlauterer Absichten bezichtigt wird. Er wird eingestuft als Neutralist, Pazifist und Kommunist". Nicht zimperlich griff er den "bitterbösen, konfessionellen Separatismus" und das "kohl-schwarze Gewürm" an, das konfessionelle Gesichtspunkte über die Wiedervereinigung stelle.

Dem alten, aber noch lange nicht zu alten Dr. Reinhold Maier ist es bitter Ernst. Seine gedreckelten Wortspiele sind nur Verpackung und Anreiz für die Leuen und Uninteressierten an den grossen Lebensfragen unseres Volkes. Maier hält daran fest, dass "mancher vor dem Tor zum vorautoritären Stadium" steht, vielleicht ohne das zu wissen. Er nennt Westdeutschland bedenkenlos ein Torso, ein Teil unter Freien, dem man nicht von oben her ein Stück Souveränität aufpflanzen kann. Und er sagt, dass die Demokratie eines unvollendeten Staates auch nur unvollendet sein kann und früher oder später den Umsturz und Einsturz dieses Staates bringen muss.

Diese Überzeugung von Dr. Reinhold Maier hat in der Landespartei von Baden-Württemberg Schule gemacht. Seine Anhänger werden grösser, die junge Generation vor allem in seiner Partei steht hinter ihm. Dass in der Landtagsfraktion die Mehrheit nicht so freudig mit ihm zieht, sondern lieber taktische Winkelzüge macht, darf nach diesem Landesparteitag nicht mehr auf die Partei übertragen werden.